



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Dienstag, 17. Januar 2023
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:36 Uhr
Teil:
Sitzungsende öffentlicher Teil: 20:33 Uhr
Ort: Saal der Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Elbert Andreas
Gemeinderätin	Gläßel Marita B.
Gemeinderat	Günther Sven
Gemeinderat	Hofmann Reinhold
Gemeinderat	Lang Johannes
Gemeinderat	Mödl Maximilian
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana
Gemeinderat	Seefried Holger
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg

Entschuldigt:

Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline
Gemeinderat	Stoll Marcus

Schriftführer/-in:

GLBin	Heike Thoma
-------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
------------	---

- 01.** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
- 02.** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2022 (öffentlicher Teil)
- 03.** Neufassung der Geschäftsordnung
- 04.** Neufassung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts
- 05.** Information: FFW: Sanierung der Feuerwehreinfaht in der Biebelrieder Straße
- 06.** Bürgerpark: Erlass einer Nutzungssatzung
- 07.** Information: KITA Theilheim: Sachstandsbericht (öffentlich)
- 08.** Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 15.11.2022, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
- 09.** Informationen des Ersten Bürgermeisters
- 09.01** Information: Verlängerung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Gerbrunn und der Gemeinde Theilheim zur Übertragung der Aufgaben der kommunalen Verkehrsüberwachung für den ruhenden und fließenden Verkehr und von hoheitlichen Befugnissen bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Straßenverkehrsgesetz (StVG) für das Gebiet der Gemeinde Theilheim auf die Gemeinde Gerbrunn um ein weiteres Jahr
- 09.02** Information: Allgemeinverfügung des Landratsamtes Würzburg zur Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen zu präventiven Zwecken nach der Verordnung (EU) 2016/429 zu Tierseuchen („Tiergesundheitsrecht“) i.V.m. der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) dem Tiergesundheitsgesetz und dem Gesetz über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (LStVG) im Lkr. Würzburg
- 09.03** Information: Austausch der Basketballbretter am Allwetterplatz, Triebweg am oberen Sportplatz
- 09.04** Information: Wasserzählerablesung - Online-Meldung Zählerstände
- 09.05** Verschiebung der Bürgerversammlung in den Herbst
- 09.06** Information: Sitzungstermine des Gemeinderats und der Ausschüsse
- 09.07** Information: Absage Neujahrsempfang
- 10.** Fragen aus dem Gemeinderat
- 10.01** Antrag St. Johannes Zweigverein zur Verlängerung der Nutzung des Altbaus der Grundschule für den Hort um ein weiteres Jahr (2023/2024)
- 10.02** Anfrage aus dem Gemeinderat: Tag der offenen Türe im Rathaus
- 10.03** Anfrage aus dem Gemeinderat: Plakatierung gegen Gewalt gegen Frauen
- 10.04** Anfrage aus dem Gemeinderat: Baum- und Wildwuchs entlang des Jakobsbachs etc.

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:36 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 001	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Diskussionsverlauf:

Das Gemeinderatsmitglied Holger Seefried stellt zu TOP 8 (öffentlich) – „Antrag St. Johannes Zweigverein zur Verlängerung der Nutzung des Altbaus der Grundschule für den Hort um ein weiteres Jahr (2023 / 2024)“ fest, dass der Beschlussvorschlag nicht mit seinem Dringlichkeitsantrag im Namen des Vorstands des St. Johannes Trägervereins Theilheim e. V. an den Gemeinderat übereinstimme.

Sein Beschlussvorschlag enthalte nur den dringlichen Auftrag an die Verwaltung, die notwendigen Informationen für eine spätere Beschlussfassung zu ermitteln.

Erster Bürgermeister Herpich weist darauf hin, dass der Dringlichkeitsantrag kurz vor Sitzungsbeginn eingereicht worden war und deshalb nicht vorbereitet werden konnte: Der Antrag ging einen Tag vor Auslauf der Sitzungseinladung ein.

Beschluss 1:

Es verbleibt bei der ursprünglichen Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: 10 : 3

Beschluss 2:

TOP 8 „Antrag St. Johannes Zweigverein zur Verlängerung der Nutzung des Altbaus der Grundschule für den Hort um ein weiteres Jahr (2023/2024)“ ist von der Tagesordnung zu nehmen, da die formulierte Beschlussempfehlung nicht dem Beschlussantrag des St. Johannes Zweigvereins entspricht, sondern ein Beschlussvorschlag des Ersten Bürgermeisters ist.

Abstimmungsergebnis: 3 : 10

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsverhältnisses ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss 3:

TOP 8 „Antrag St. Johannes Zweigverein zur Verlängerung der Nutzung des Altbaus der Grundschule für den Hort um ein weiteres Jahr (2023/2024)“ wird als Anfrage aus dem Gemeinderat unter dem (dann neu nummerierten) TOP 10 behandelt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

TOP 02.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 13.12.2022 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 002	

Sachverhalt:

Hinweis: Die Niederschrift ist dieser Beschlussempfehlung bis zur Genehmigung durch den Gemeinderat im RIS als Anlage beigefügt.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 13.12.2022 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 03.	Neufassung der Geschäftsordnung
Lfd. Nr. 003	

Sachverhalt:

Auf den Beschluss vom 11.04.2021 wird hingewiesen; dieser ist dem TOP als Anlage beigefügt, ebenso die zugehörige Geschäftsordnung (GeschO) (2020 / 2021) in der redaktionellen Gesamtfassung.

1. Ferienausschuss - § 8 Abs. 3 Nr. 3 und § 37 GeschO

Der Bayer. Verfassungsgerichtshof hat mit Entscheidung vom 10.06.2021, Az.: Vf. 25-VII-21, den Art. 120b Abs. 3 GO (Einsetzungszeitraum eines Ferienausschusses und eines beschließenden Ausschusses, der die Befugnisse eines Ferienausschusses hat) für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Art. 120b Abs. 3 GO sah vor, den Einsetzungszeitraum der Ferienausschüsse in 2021 von sechs Wochen auf bis zu drei Monate verlängern zu können und für die Zeiten in 2021, in denen kein Ferienausschuss eingesetzt ist, Kompetenzen des Gemeinderates weitgehend auf einen beschließenden Ausschuss übertragen zu können, solange der Bundestag eine pandemische Lage von nationaler Bedeutung feststellt. Beschlüsse, die Ferienausschüsse und beschließende Ausschüsse bis einschließlich 11.06.2021 auf der Grundlage von Art. 120b Abs. 3 GO gefasst haben, bleiben unberührt und wirksam.

Die Gemeinde Theilheim hatte am 12.01.2021 beschlossen,

- a) einen Ferienausschuss zu bilden;
- b) dass der Ferienausschuss nur während der Sommerferien im Freistaat Bayern und während eines ausgerufenen Katastrophenfalls des Bundes oder des Freistaates einberufen werden kann.
- c) dass der Ferienausschuss wie folgt zu besetzen ist:

	Mitglieder	Stellvertreter
Vorsitz:	1. Bürgermeister Herpich	2. Bürgermeisterin Ruf
MTg	Mödl	Sonnek
	Seefried	Stoll
CSU	Ruf	Bell
	Lang	Hofmann
SPD / PB	Endres	Gläßel
	Günther	Gläßel

In § 8 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. D) der Geschäftsordnung wurde mit Beschluss vom 11.04.2021 im Rahmen der Änderung der Geschäftsordnung festgelegt, dass für den Fall, dass ein Katastrophenfall bundes-, landesweit oder regional von den amtlichen Stellen ausgerufen wird, der Ferienausschuss die Aufgaben des Gemeinderates unabhängig von § 8 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. c) für längstens drei Monate wahrnehmen kann.

Tatsächlich wurde der Ferienausschuss in der laufenden Wahlperiode zu keinem Zeitpunkt – also weder zu Ferienzeiten noch im Zeitraum des ausgerufenen Katastrophenfalls - einberufen.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hat mit Schreiben vom 11.06.2021 empfohlen, Einsetzung- und Übertragungsbeschlüsse nach § 8 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. D) der Geschäftsordnung mit Wirkung ab dem 12.06.2021 aufzuheben.

Die anliegende Neufassung der Geschäftsordnung 2023 sieht dies entsprechend vor: § 8 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. D) entfällt ersatzlos, die Regelungen zum Inkrafttreten (§ 37) berücksichtigen die Empfehlung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration.

Die Bildung des Ferienausschusses kann unverändert bestehen bleiben; ein Zusammentreten ist während der Sommerferien möglich, aber nur dann, wenn die Mehrheit der Gemeinderatsmitglieder verhindert ist und deshalb keine Beschlussfähigkeit im Gemeinderat gegeben ist. Der Ferienausschuss kann Aufgaben, die der Beschlussfassung des Gemeinderates vorbehalten sind, nur erledigen, wenn sie nicht ohne Nachteil für die Beteiligten, für die Gemeinde oder für die Allgemeinheit bis zum Ende der Ferienzeit aufgeschoben werden können.

2. Bauausschuss KITA - § 8 Abs. 3 Nr. 2 Gescho

- a) **Der Bildung des Bauausschusses KITA geht eine Historie voraus; hierzu wird auf den Sachvortrag vom 11.05.2021 Nr. 3 verwiesen.**

In der Praxis hat sich gezeigt, dass der sog. Jour fixe mit Projektsteuerer und Planungsbüros, zu dem regelmäßig XXXXXXXXXX bzw. sein Stellvertreter XXXXXXXX eingeladen werden, sich als die Informationsplattform bzw. das Gremium für die Kath. Kirchenstiftung heraus kristallisiert hat, das im Treuhandvertrag als zu installierender „Bauausschuss“ bezeichnet ist.

Mit XXXXXXXXXX wurde daher abgestimmt, dass die Vertreter der Kath. Kirchenstiftung regelmäßig zu den jour fixes einzuladen sind; eine Teilnahme an Sitzungen des Bauausschusses KITA wird seitens XXXXXXXXXX als nicht (mehr) erforderlich angesehen (Mail der Kath. Kirchenstiftung vom 11.01.2023).

Die Besetzung des Bauausschusses KITA ist damit um das beratende Mitglied Kath. Kirchenstiftung, vertreten durch XXXXXXXXXX bzw. als Stellvertreter XXXXXXXXXX zu reduzieren.

Bei Installation des Bauausschusses KITA hatte die Rechtsaufsichtsbehörde darauf hingewiesen, dass „zu Mitgliedern gemeindlicher Ausschüsse nur Mitglieder des Gemeinderates bestellt werden können. ... Grundsätzlich sollen nur die direkt vom Gemeindebürger gewählten Gemeinderäte über die Geschicke der Gemeinde bestimmen. Zwar können im Einzelfall nicht dem Gemeinderat angehörige Personen, z. B. Sachverständige zu bestimmten Tagesordnungspunkten zugezogen und angehört werden. Eine regelmäßige Teilnahme und Mitberatung durch diesen Personenkreis in den Ausschusssitzungen ist jedoch nicht möglich ...“ (Kommentar Hölzl / Hien / Huber: GO, mit VGemO, LkrO und BezO (Stand: Sept. 2020), Erl. 5 zu Art. 33 GO); auf diese Problematik war bei Beschlussfassung vom 11.05.2021 hingewiesen worden. Mit der Neuregelung erledigt sich grundsätzlich der Kritikpunkt der Rechtsaufsichtsbehörde, sofern die Gemeinde der Beschlussempfehlung zum Antrag des Gemeinderates Seefried (siehe unten Nr. 3 c) folgt.

b) „Zurück auf Anfang“

Aufgrund des Beschlusses vom 03.05.2022 „Zurück auf Anfang“ – veröffentlicht u. a. in der Gemeinderatssitzung am 07.06.2022 ([Information: Fortschreibung des Änderungsantrags zu BG-2019-536 zur Baugenehmigung einschl. Fortschreibung der Kostenberechnung: Umbau und Erweiterung der bestehenden Kindertagesstätte St. Johannes um drei Gruppen mit Abbruch von Anbauten 1. Veröffentlichung des Beschlusses des Gemeinderates vom 03.05.2022 2. Darstellung der Konsequenzen aus diesem Beschluss \(komuna.net\)](#)) wurden Planung und Kosten des Projekts KITA Theilheim fortgeschrieben:

- Für den Bauantrag „1. Änderung zu BG 2019-536: Lageänderung des Pelletlagers“ liegt eine Baugenehmigung des Landratsamtes Würzburg vom 31.10.2022 vor.
- Ein weiterer Bauantrag „2. Änderung zu BG 2019-536 mit den Inhalten:
 - Verfahrensfreie Änderungen
 - Antrag auf Teilbaugenehmigung 1: Bauliche Veränderungen
 - Antrag auf Teilbaugenehmigung 2: Erhalt und Umbau der Dachgauben anstelle von Dachliegefenstern
 - Antrag auf Teilbaugenehmigung 3: Lageänderung von Absturzsicherungenwurde beim Landratsamt Würzburg eingereicht, dieser wird aber bis zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Geschäftsordnung noch nicht verbeschieden sein.
- Mit Beschluss des Gemeinderates vom 13.09.2022 wurde die Kostenberechnung neu festgestellt auf 7.832.546,88 EUR (<https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/15829749/1565>).

§ 8 Abs. 3 Nr. 2 der Geschäftsordnung wurde daher entsprechend fort geschrieben.

Dies hat dann auch die Konsequenz, dass der Bauausschuss KITA im durch den Gemeinderat vorgegebenen Rahmen wieder entscheidungsbefugt ist; seit der Beschlussfassung vom 03.05.2022 gingen die zu treffenden Entscheidungen über den Rahmen der genehmigten Planung (Baugenehmigung des Landratsamtes Würzburg vom

28.08.2020, Nr. FB22-602-BG-2019-536) hinaus und fielen in den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates.

c) Antrag des Gemeinderatsmitgliedes Holger Seefried vom 13.12.2022 /

„Da die Amtszeit von XXXXXXXXXX im Vorstand des St. Johannes Zweigvereins mit der Mitgliederversammlung am 10.11.2022 und der Neuwahl ausläuft, beantragt Gemeinderat Seefried nach Rücksprache mit dem ehemaligen Vereinsvorstand inklusive XXXXXXXX sowie dem neuen aktuellen Vorstand eine Änderung der Besetzung des Baugremiums Kita dahingehend, dass als beratendes Mitglied XXXXXXXXXXXX und als Ersatzmitglied im Falle der Verhinderung zur Stellvertreterin XXXXXXXXXXXX benannt wird.“

Bislang waren als Vertreter für den St. Johannes-Zweigverein bestellt:
XXXXXXX
XXXXXXX

Auf den rechtlichen Hinweis zu Nr. 2 a. dieser Beschlussempfehlung wird verwiesen.

Es wird empfohlen, abweichend vom Antrag für den Bauausschusses KITA die Vertreter des St.-Johannes-Zweigvereins nicht mehr als beratende Mitglieder zu bestellen, sondern diese verbindlich – ohne beratenden Mitgliedsstatus - zu allen Sitzungen des Bauausschusses KITA einzuladen.

3. Bürgerfragestunde - § 29 Gescho

Die Empfehlungen der Rechtsaufsichtsbehörde (Beschluss vom 13.12.2022, Nr. 4: <https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/19256370/1778>) wurden in die Neufassung der Geschäftsordnung berücksichtigt: Die Geschäftsordnung enthält keine Regelungen mehr zur Bürgerfragestunde.

4. Der Geschäftsordnung wurden folgende Anlagen beigelegt:

- Anlage 1 – Zusammensetzung des Gemeinderates
- Anlage 2 - Verzeichnis der Ersatzleute
- Anlage 3 – Ausschussmitglieder und Stellvertreter / Beauftragte der Gemeinde

Diese Verzeichnisse waren bislang der Geschäftsordnung nicht beigelegt; die Anlagen nehmen Bezug auf die durch die Wahlvorschlagsträger für die Kommunalwahl 2020 verpflichtend mitgeteilten Informationen.

Beschluss 1:

**Eine Bestellung der Vertreter der Kath. Kirchenstiftung und des Trägervereins St.-Johannes-Zweigverein als beratende Mitglieder im Bauausschuss KITA entfällt.
Zu den Sitzungen des Bauausschusses KITA ist ein(e) Vertreter(in) des Trägervereins St.-Johannes-Zweigverein in folgender Reihenfolge zu laden:**

- a) Holger Seefried
- b) Bastian Büttner
- c) Elisabeth Kampf

Die Mitglieder des Trägervereins werden gebeten,

- der Gemeinde ihre Mailadressen zu benennen
- im Falle der Verhinderung ihre Einladung selbständig an den jeweiligen Stellvertreter weiter zu geben.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschliesst die Neufassung der Geschäftsordnung; diese tritt am 01.02.2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Geschäftsordnung vom 13. Mai 2020 in der Fassung der 1. Änderung vom 21. Mai 2021 außer Kraft; davon abweichend tritt § 8 Abs. 3 Nr. 3 Buchst. d) bereits mit Ablauf des 11. Juni 2021 außer Kraft.

Der Text der Geschäftsordnung (Dokument „2023.02.01 Geschäftsordnung für den Gemeinderat (Neufassung 2023)“) liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

TOP 04.	Neufassung der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts
Lfd. Nr. 004	

Sachverhalt:

Auf den Sachvortrag zum TOP 3 wird verwiesen.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim beschließt die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (Neufassung 2023); der Text der Satzung (Dokument „2022.02.01 Satzung Kommunalverfassungsrecht (Neufassung 2023)“) legt diesem Beschluss als dessen wesentlicher Bestandteil bei. Die Satzung tritt am 01.02.2023 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 05.	Information: FFW: Sanierung der Feuerwehreinfaht in der Biebelrieder Straße
Lfd. Nr. 005	

Sachverhalt:

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 13.09.2022 den Feuerwehrbedarfsplan für die Gemeinde Theilheim beschlossen.

Als erste Sofortmaßnahmen wurden u.a. die Umsetzung der folgenden baulichen Maßnahmen beschlossen:

unter 2. a)

Der Umkleidebereich für die Jugend wird ins ehemalige „Wasserlager“ des Bauhofs verlagert. Damit wird die Fahrzeughalle um die Garderoben der Jugend entlastet.

Erste Umbaumaßnahmen, neues Fenster, eine Erneuerung der Beleuchtung und die Schaffung einer Heizmöglichkeit, wurden beauftragt oder sind in Planung.

unter 2. b)

Platzgestaltung vor dem Feuerwehrgerätehaus: Beide gepflasterten Zufahrtsbereiche vor dem Feuerwehrgerätehaus auf dem Grundstück Biebelrieder Straße 19 sind komplett zu sanieren; für die Maßnahme sind Angebote einzuholen.

Hier liegt mittlerweile ein Leistungsverzeichnis samt Kostenschätzung des Architekturbüros Laudenbach vor, auf dessen Basis zeitnah eine begrenzte Ausschreibung erfolgen soll. Ziel ist, die Sanierung der Zufahrt möglichst bis zum Beginn der Sommerferien abzuschließen.

Eine Auftragsvergabe soll in der Märzsitzung erfolgen.

TOP 06.	Bürgerpark: Erlass einer Nutzungssatzung
Lfd. Nr. 006	

Sachverhalt:

Nach der Gemeinderatssitzung am 13.12.2022 wurde folgendes festgestellt:

In den Hinweisen zur Nutzungssatzung sollte zur besseren Verständlichkeit für die Bürger:innen und für den rechtssicheren Vollzug eine nachrichtliche Information zur Begriffsdefinition "gesetzliche Ruhezeiten" erfolgen.

Dazu wurde am 15.12.2022 Rücksprache mit XXXXXX, Bayer. Gemeindetag, genommen:

Für Ruhezeiten gibt es keine bundes- oder landeseinheitliche Regelung; dem satzungsrechtlichen Begriff "gesetzliche Ruhezeiten" fehlt es damit an Bestimmtheit, auch weil die Gemeinde Theilheim keine Verordnung nach Art. 7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Bayerisches Immissionsschutzgesetz (BayImSchG) erlassen hat.

Die Ruhezeiten sind durch den Satzungsgeber zu definieren, ansonsten läuft die Bestimmung ins Leere. Eine Satzung muss inhaltlich hinreichend bestimmt sein.

Die Nutzungssatzung konnte daher nicht vom Ersten Bürgermeister ausgefertigt werden bzw. in Kraft treten.

Über den Erlass einer Nutzungssatzung für den Bürgerpark ist daher nochmals zu beraten und Beschluss zu fassen.

Auf die dem Gemeinderat bereits vorliegenden Satzungsbeispiele wird verwiesen ([Beratung über eine Nutzungssatzung für den Bürgerpark \(komuna.net\)](#)).

Erster Bürgermeister Herpich schlägt vor, in § 2 Abs. 3 der Satzung folgende Regelung zu treffen:
„(3) Die Nachtruhe von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr ist einzuhalten.“

Diskussionsverlauf:

Es wird kritisiert, dass die Rechtslage zu ausführlich dargestellt ist; diese Zeit hätte sich die Verwaltung ersparen können.

Rechtslage:

1. Bayer. Immissionsschutzgesetz

Das Bayerische Immissionsschutzgesetz legt keine bestimmten gesetzlichen Ruhezeiten fest, enthält jedoch in Art. 7 eine Verordnungsermächtigung für die bayerischen Gemeinden. Diese können den Betrieb bestimmter Anlagen durch Verordnung u. a. zeitlich einschränken. Danach sind die Gemeinden ermächtigt, durch Rechtsverordnung zum Schutz vor schädlichen Einwirkungen durch Luftverunreinigungen oder Geräusche

1. die Errichtung und den Betrieb von Anlagen und die Verwendung bestimmter Brennstoffe zu verbieten, zeitlich zu beschränken oder von Vorkehrungen abhängig zu machen,
2. das Halten von Haustieren, die Benutzung von Musikinstrumenten, Tonübertragungsgeräten und Tonwiedergabegeräten und die zeitliche Beschränkung ruhestörender Hausarbeiten oder Gartenarbeiten zu regeln.

Der Vollzug der Verordnung obliegt der Gemeinde.

2. 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV)

Der Vollständigkeit halber wird auf § 7 Abs. 1 der 32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BImSchV) hingewiesen; § 7 Abs 1 (nachfolgend auszugsweise wiedergegeben) gilt jedoch nur in Wohngebieten:

In reinen, allgemeinen und besonderen Wohngebieten ... nach ... der Baunutzungsverordnung ... dürfen im Freien

1. Geräte und Maschinen nach dem [Anhang](#) an Sonn- und Feiertagen ganztägig sowie an Werktagen in der Zeit von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr nicht betrieben werden,
2. Geräte und Maschinen nach dem [Anhang](#) Nr. 02, 24, 34 und 35 an Werktagen auch in der Zeit von 07.00 Uhr bis 09.00 Uhr, von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr und von 17.00 Uhr bis 20.00 Uhr nicht betrieben werden, es sei denn, dass für die Geräte und Maschinen das gemeinschaftliche Umweltzeichen ... vergeben worden ist und sie mit dem Umweltzeichen nach Artikel 8 der Verordnung Nr. 1980/2000/EG gekennzeichnet sind.

Der Bürgerpark liegt im Dorfgebiet (MD); die genannten Bestimmungen des § 7 Abs. 1 der 32. BImSchV greifen nicht:



Auszug aus dem Flächennutzungsplan der Gemeinde Theilheim (Stand 24.09.1984)

3. TA Lärm (Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz)

(Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm)

Die TA Lärm ist eine allgemeine normkonkretisierende Verwaltungsvorschrift.

Nr. 6.4 der TA Lärm definiert Tag- und Nachtzeiten und legt hinsichtlich der anzuwendenden Immissionsrichtwerte folgende Beurteilungszeiten fest:

1. tags 06.00 - 22.00 Uhr
2. nachts 22.00 - 06.00 Uhr.

Die Nachtzeit kann bis zu einer Stunde hinausgeschoben oder vorverlegt werden, soweit dies wegen der besonderen örtlichen oder wegen zwingender betrieblicher Verhältnisse unter Berücksichtigung des Schutzes vor schädlichen Umwelteinwirkungen erforderlich ist. Eine achtstündige Nachtruhe der Nachbarschaft im Einwirkungsbereich der Anlage ist sicherzustellen.

Die Immissionsrichtwerte (außerhalb von Gebäuden) sind – gebietsbezogen – nachts deutlich niedriger als tags (Nr. 6.1 der TA Lärm), im MD (Dorfgebiet) beträgt der Immissionsrichtwert tags 60 dB(A), nachts 45 dB(A).

Die TA Lärm wurde für diese Beschlussempfehlung hilfsweise zugezogen.

4. Gesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz – FTG) -

<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayFTG/true>

Der Vollständigkeit halber wird auf das Gesetz über den Schutz der Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz – FTG) hingewiesen, dessen Bestimmungen unmittelbar gelten. Das Gesetz ist gegenüber der zu erlassenden Nutzungssatzung für den Bürgerpark höherrangiges Recht.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim beschließt die Satzung zur Nutzung des Bürgerparks Theilheim mit der Maßgabe, dass § 2 Abs. 3 der Satzung folgende Fassung erhält:

„(3) Die Nachtruhe von 22:00 Uhr bis 06:00 Uhr ist einzuhalten.“

Der Text der Satzung liegt diesem Beschluss an und ist dessen wesentlicher Bestandteil.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 07.	Information: KITA Theilheim: Sachstandsbericht (öffentlich)
Lfd. Nr. 007	

Sachverhalt:

14.12.2022	Nach der Gemeinderatssitzung am 13.12.2022 wandte sich die informelle Anliegergemeinschaft KITA Theilheim <u>unmittelbar</u> sowohl an das Architekturbüro Brückner & Brückner als auch an die beauftragte Rohbaufirma Fa. Bindrum & Sohn GmbH, mit der Aufforderung, „dass Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Bauarbeiten sorgfältig und engmaschig überwachen werden und damit Schäden an Personen, Gebäuden und Sachwerten auf den Nachbargrundstücken ausgeschlossen sind. Da in der Ausschreibung der Rohbauarbeiten bereits darauf
------------	---

	<p>verwiesen wird, dass mit Lasten nicht über die angrenzenden Grundstücke geschwenkt werden darf, stellt unsere formulierte Forderung auch keine Änderung im geplanten Vorgehen dar. Wir sind uns sicher, dass ein renommiertes Architekturbüro, wie Brückner und Brückner es ist, in der Bauleitung zuverlässig dafür Sorge trägt, dass es zu keinen Beschädigungen an unserem Eigentum kommen wird.“</p>
19.12.2022	<p>Die Vergabeverfahren für die Gewerke Hubplattform, Dachdecker, Gerüst, Klempner und Zimmerer- und Holzbau beginnen am 19.12.2022.</p> <p>Die Frist für die Abgabe endet bei allen Verfahren am 26.01.2023. Vergabebeschlüsse werden voraussichtlich in der Sitzung des Bauausschusses KITA am 14.02.2023 zu fassen sein.</p>
20.12.2022	<p>Vorlage der Bauantragsunterlagen durch Brückner & Brückner</p> <p>Der Titel des Bauantrags lautet:</p> <p>ÄNDERUNGSANTRAG 02 ZUR BG-2019-536</p> <p>Verfahrensfreie Änderungen</p> <p>Antrag auf Teilbaugenehmigung 1: Bauliche Veränderungen</p> <p>Antrag auf Teilbaugenehmigung 2: Erhalt und Umbau der Dachgauben anstelle von Dachliegefenstern</p> <p>Antrag auf Teilbaugenehmigung 3: Lageänderung von Absturzsicherungen</p> <p>Die Planunterlagen sind diesem TOP aufgrund der Dateigröße gezippt als Anlage beigefügt.</p> <p>Der Bauplan wurde am 21.12.2022 beim Landratsamt Würzburg eingereicht.</p>
21.12.2022	<p>Mit Schreiben vom 21.12.2022 beantwortete die Gemeinde Theilheim Fragen der Anlieger zum Baukran. Zur Gleichbehandlung aller Anlieger wurde dies für alle Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten in einem gemeinsamen Anschreiben vorgenommen.</p> <p>Es wurde in diesem Rahmen betont, dass die Dreh- und Lastbegrenzung am Baukran so eingestellt wird, dass nur der Ausleger schwenkt. Das Schwenken von Lasten ist auf die Baugrundstücke zur Baumaßnahme KITA Theilheim beschränkt. Damit werden Häuser und Grundstücke im Privateigentum ausdrücklich nicht mit Lasten überschwenkt; der Kran schwenkt immer lastenfrei über Privatgrundstücke.</p> <p>Soweit das Einverständnis zu einem Überschwenken von Privatgebäuden und Privatgrundstücken mit Lasten verweigert wurde, geht die Gemeinde Theilheim davon aus, dass dies im Umkehrschluss bedeutet, dass ein lastenfreies Überschwenken durch den Baukran geduldet wird. Eine gegenteilige Mitteilung der Anlieger ging nicht ein.</p> <p>Die Anlieger wurden darauf hingewiesen, dass die zentrale Anlaufstelle bei der Gemeinde Theilheim als Bauherrin liegt; Erster Bürgermeister Herpich ist bei sämtlichen Anfragen erster Ansprechpartner.</p> <p>Dem Gemeinderat wurden die Anschreiben an die Anlieger zur Geltendmachung des Hammerschlags- und Leiterrechts zur Verfügung gestellt.</p>

29.12.2022	Mit Schreiben vom 29.12.2022 verwies das Landratsamt Würzburg auf eine Anfrage zur geplanten Kranstellung die Anliegergemeinschaft zur KITA Theilheim auf den Privatrechtsweg.
09.01.2023	Stellungnahme Brückner & Brückner: Überdeckende Schwenkbereiche der Kräne der Baustelle KITA und der Baustelle Randersackerer Straße 8 stellen kein Problem dar (-> unterschiedliche Höhen der Baukräne).
10.01.2023	Änderungsantrag 02 zur Baugenehmigung BG-2019-536: Nachbarbeteiligung im Baugenehmigungsverfahren Die Nachbarbeteiligung wurde durchgeführt: Kein Nachbar erschien bei der Auflage der Pläne im Alten Rathaus; damit haben alle Nachbarn ihre Zustimmung zur Änderung des Bauvorhabens verweigert.
12.01.2023	Kranstellung Im Zuge der Kranstellung hat ein Anlieger den Baupolier der Fa. Bindrum massiv angegangen, so dass die Baufirma sich mit Schreiben vom 13.01.2023 veranlasst sah, den betreffenden Anlieger aufzufordern, es in Zukunft zu unterlassen, gegen die Mitarbeiter der Firma die Stimme zu erheben, laut zu werden und zu drohen und forderte einen vernünftigen Umgang miteinander ein. Ebenso ging eine Beschwerde eines Anliegers bei der Gemeinde ein, dass „entgegen der Abmachung heute tonnenschwere Kranteile über unser Grundstück geschwenkt wurden“. Hierzu hat das Büro Brückner & Brückner folgendes festgestellt: „Der Aufbau des Krans war nur mittels Autokran möglich; der 50 m lange Arm dieses Drehkrans musste mit der Windrichtung eingehängt werden. Transportiert wurden durch den Autokran nur Teile des Baukrans (also sichere Lasten, bei denen nicht Gefahr bestand, das sich etwas löst); ein technischer Aufbau ohne Überschwenken von Privatgrundstücken war leider nicht möglich: Es lässt sich nicht vermeiden, einen Kran mit einem 50-m-Ausleger auf dem Schlauchgrundstück mit einem Autokran aufzustellen, ohne Nachbargrundstücke zu überfliegen. Sowohl die Fa. Bindrum als auch die Fa. Stöcker sind äußerst erfahren in der Stellung von Baukränen, sie bauen seit 25 Jahren unfallfrei die Kräne in der Region und sicher andere Krandienste auch deutschlandweit so auf, das entspricht dem „Standard“. Für die Anlieger ging zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr aus: Die Mitarbeiter der Fa. Bindrum haben auf der Baustelle unverändert weiter gearbeitet. Auch der auf der Baustelle zeitweise anwesende Sicherheits- und Gesundheitskoordinator hatte nichts einzuwenden.“ Für die Zukunft ist jedoch festzustellen: Das Schwenken von Lasten ist auf die Baugrundstücke zur Baumaßnahme KITA Theilheim beschränkt. Die Rohbaufirma wird sich zuverlässig daran halten.
Zukünftig	Der Spatenstich für die Baumaßnahme musste verschoben werden und findet voraussichtlich Ende Februar 2023 statt.

TOP 08.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 15.11.2022, für die die
Lfd. Nr. 008	Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt
15.11.2022	Gemeinderat	386	<p>Vergabe von Aufmessungen und Bestandserhebungen zur Erstellung der Globalberechnungen für die Herstellungs- und Verbesserungsbeiträge der Wasserversorgungseinrichtung sowie der Globalberechnung für die Herstellungsbeiträge der Entwässerungseinrichtung incl. Bescheidserstellung und Versand</p> <p>Das Büro Dr. Schulte Röder / Kommunalberatung aus 97209 Veitshöchheim, ... erhält auf Grundlage des Angebots vom 07.10.2021 über brutto 125.818,70 € den Auftrag für Aufmessungen und Bestandserhebungen zur Erstellung der Globalberechnungen für die Herstellungs- und Verbesserungsbeiträge der Wasserversorgungseinrichtung sowie der Globalberechnung für die Herstellungsbeiträge der Entwässerungseinrichtung incl. Bescheidserstellung und Versand.</p>
15.11.2022	Gemeinderat	387	<p>Neubesetzung der Kasse: Neubestellung der Kassenverwaltung</p> <p>1. XXXXXXXXXX wird mit Wirkung vom 31.12.2022, 24:00 Uhr, von der Bestellung als Kassenverwalterin der Gemeinde Theilheim entbunden. Die Gemeinde Theilheim stellt fest, dass die Entbindung von dieser Aufgabe aufgrund des Grundsatzes der Trennung von Anordnung und Ausführung erfolgt.</p> <p>2. XXXXXXXXXX wird mit Wirkung vom 01.01.2023, 00:00 Uhr, zur Kassenverwalterin der Gemeinde Theilheim bestellt.</p> <p>3. Ob eine formelle Bestellung von XXXXXXXXXX zur Stv. Kassenverwalterin erfolgt ist, lässt sich nach Aktenlage nicht abschließend feststellen. Die Gemeinde Theilheim stellt daher fest: Die Bestellung von XXXXXXXXXX zur Stv. Kassenverwalterin ist erfolgt und besteht unverändert fort.</p> <p>Tatsächlich war die Kasse am 04.01.2023 unerwartet unbesetzt; Erster Bürgermeister Herpich hat daher im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung am 04.01.2023 den Vollzug der Teilbeschlüsse 1 und 2 auf den 01.02.2023 verschieben müssen.</p>

TOP 09.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 009	

TOP 09.01	Information: Verlängerung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Gerbrunn und der Gemeinde Theilheim zur Übertragung der Aufgaben der kommunalen Verkehrsüberwachung für den ruhenden und fließenden Verkehr und von hoheitlichen Befugnissen bei der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 24 Straßenverkehrsgesetz (StVG) für das Gebiet der Gemeinde Theilheim auf die Gemeinde Gerbrunn um ein weiteres Jahr
Lfd. Nr. 010	

Sachverhalt:

Die Zweckvereinbarung zwischen den Gemeinden Gerbrunn und Theilheim wurde zunächst für ein Jahr ab Wirksamwerden (= 01.02.2022) befristet; für eine Verlängerung bedarf es der Genehmigung durch das Landratsamt Würzburg. Die Genehmigung vom 21.01.2022 war mit der Begründung befristet, dass eine Neuorganisation der Verkehrsüberwachung im Landkreis Würzburg und der möglichen Gründung eines Zweckverbandes angedacht war.

Das Landratsamt Würzburg hat mit Schreiben vom 12.12.2022 mitgeteilt, dass es die o. g. Zweckvereinbarung für ein weiteres Jahr unter folgendem Hintergrund rechtsaufsichtlich genehmigt:

„In Anbetracht der aktuellen Pläne zur Gründung eines Zweckverbandes zur Verkehrsüberwachung im Laufe des Jahres 2023 ist eine Verlängerung der Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Gerbrunn und der Gemeinde Theilheim zur Übertragung der Verkehrsüberwachung auf dem Gebiet der Gemeinde Theilheim nur für ein weiteres Jahr notwendig.“

Am 20.01.2023 findet im Landratsamt Würzburg ein Vorgespräch mit den Bürgermeistern zur Gründung eines Zweckverbandes statt.

TOP 09.02	Information: Allgemeinverfügung des Landratsamtes Würzburg zur Einhaltung von Biosicherheitsmaßnahmen zu präventiven Zwecken nach der Verordnung (EU) 2016/429 zu Tierseuchen („Tiergesundheitsrecht“) i.V.m. der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) dem Tiergesundheitsgesetz und dem Gesetz über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (LStVG) im Lkr. Würzburg
Lfd. Nr. 011	

Sachverhalt:

Für alle privaten und gewerblichen Tierhalter, die Geflügel halten, wurde durch das Landratsamt Würzburg die dieser Beschlussnummer anliegende Allgemeinverfügung unter Anordnung der sofortigen Vollziehung der getroffenen Regelungen angeordnet.

Zum Hintergrund: „Das bislang schwerste registrierte Geflügelpest-Geschehen in Europa hat auch in Deutschland ein bis dato nicht dagewesenes Ausmaß erreicht und breitet sich von Norddeutschland, aktuell insbesondere auch über den Handel mit Geflügel und in Gefangenschaft gehaltenen Vögeln Richtung Süddeutschland aus. ... Das Bayerische Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) kommt in seiner aktuellen Risikoeinschätzung für das Auftreten von HPAIV in Bayern zu der Einschätzung, dass das Risiko der Ausbreitung von HPAIV bei

Wildvögeln sowie einer Übertragung auf Geflügel und gehaltene Vögel aufgrund der Seuchenausbrüche bei gehaltenen Vögeln und der dynamischen HPAI-Situation in Deutschland und Europa als hoch eingestuft wird. ... Um dieses Risiko einer Einschleppung und Verbreitung des Erregers in bayerische Nutz- und Hausgeflügelbestände zu minimieren, wird es aus Sicht des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) daher als notwendig erachtet, weitergehende Biosicherheitsmaßnahmen anzuordnen“ (aus der Allgemeinverfügung des Landratsamtes Würzburg vom 23.11.0222).

TOP 09.03	Information: Austausch der Basketballbretter am Allwetterplatz, Triebweg am oberen Sportplatz
Lfd. Nr. 012	

Sachverhalt:

Die beiden defekten Basketballbretter am Allwetterplatz, am oberen Sportplatz am Triebweg, wurden ausgetauscht.

TOP 09.04	Information: Wasserzählerablesung - Online-Meldung Zählerstände
Lfd. Nr. 013	

Sachverhalt:

Es wurden von 800 Abfragen etwa 400 Zählerstände online gemeldet. Das entspricht etwa 50 %. Es sind mehr Onlinemeldungen als in den Vorjahren eingegangen, was sehr erfreulich ist. Für die 111. Online-Zählerstandsmeldung war ein Preis ausgelobt.

TOP 09.05	Verschiebung der Bürgerversammlung in den Herbst
Lfd. Nr. 014	

Sachverhalt:

Die für Freitag, den 24. März 2023 geplante Bürgerversammlung muss aus organisatorischen Gründen in den Herbst verschoben werden. Der genaue Termin kann erst nach den bayerischen Sommerferien festgelegt werden.

TOP 09.06	Information: Sitzungstermine des Gemeinderats und der Ausschüsse
------------------	---

Sachverhalt:

Sitzung des Grundstücks- und Bauausschusses	Freitag, 27.01.2023, 16:00 Uhr
Sondersitzung des Gemeinderates „Bauleitplanung“	Dienstag, 07.02.2023, 19:30 Uhr
Sitzung des Bauausschusses KITA	Dienstag, 14.02.2023, 18:00 Uhr
Sitzung des Finanz- und Personalausschusses	Mittwoch, 15.02.2023, 17:00 Uhr
Sitzung des Gemeinderates	Dienstag, 07.03.2023, 19:30 Uhr

TOP 09.07**Information: Absage Neujahrsempfang****Sachverhalt:**

Aus organisatorischen Gründen muss der Neujahrsempfang 2023 leider ausfallen.

TOP 10.**Fragen aus dem Gemeinderat****TOP 10.01****Antrag St. Johannes Zweigverein zur Verlängerung der Nutzung des Altbaus der Grundschule für den Hort um ein weiteres Jahr (2023/2024)****Sachverhalt:**

Erster Bürgermeister Herpich hat im Rahmen der Sitzungseinladung folgendes vorgetragen:

Der Vorsitzende des St. Johannes Zweigvereins, Holger Seefried, hat am 03.01.2023 einen Dringlichkeitsantrag „zur Perspektive der Hort-Betreuung 2023/24 und weitere Schuljahre“ gestellt.

Aufgrund der kurzfristigen Einreichung des Antrages, befasst sich der Gemeinderat in dieser Sitzung ausschließlich mit der Verlängerung der Nutzung des Altbaus der Schule, durch den Hort, im Schuljahr 2023/2024.

Eine ausführliche Diskussion über die in diesem Antrag weiterhin vorgeschlagenen Maßnahmen, Träger und die skizzierten Raumnutzungsvorschläge, findet wegen der Grundsätzlichen Auswirkungen auf das soziale und kulturelle (Vereins-)Leben und die Weiterentwicklung der Schule selbst, frühestens in der März oder Aprilsitzung statt. Eine grundsätzliche Vorbereitung der Antragsthematik durch die Verwaltung war so kurzfristig nicht möglich.

Diskussionsverlauf:

Gemeinderatsmitglied Holger Seefried nimmt zum Antrag wie folgt Stellung:

Die Bedarfsplanung sei eine Aufgabe der Gemeinde.

Bereits 2022 sei der Hort zu klein gewesen: Es wurden vier weitere Plätze im Hort geschaffen, so dass der Bedarf gedeckt werden konnte. Für das Schuljahr 2023 / 2024 wird das nicht gelingen, der Mehrbedarf liegt bei 15 – 19 Plätzen.

Auf den Vortrag des Antragsstellers gemäß Anlage wird verwiesen.

Am Gesprächstermin am 10.01.2023 mit XXXXXXXX habe die Gemeinde nicht teilgenommen:

Erster Bürgermeister Herpich habe sich aus Krankheitsgründen entschuldigt, von der Verwaltung sei keine Rückäußerung gekommen.

Anmerkung: Das ist nicht richtig: Mit Mail vom 09.01.2023 hatte Erster Bürgermeister Herpich mitgeteilt, dass er einen wichtigen Termin bekommen habe. Die zweite Bürgermeisterin befinde sich in Mutterschutz, Frau Thoma und Herr Häusner seien in einem seit langem anberaumten Meeting.

Der Antrag sei vor Ladung zur Gemeinderatssitzung erfolgt; für die Sitzung habe nichts vorbereitet werden müssen, die notwendigen Informationen waren vollständig vorgelegt worden. Die Erledigung der Aufgabe dränge, auf die Antragsfrist wird hingewiesen.

Herr Seefried betont, dass der Verein eine Pflichtaufgabe der Kommune wahrnehme. Daraus ziehe die Gemeinde Vorteile, denn im Verein sei sehr viel Kompetenz, gebündelt mit Erfahrung bei der Kinderbetreuung. Er persönlich habe keine Vorteile.

Gemeinderat Seefried erklärt, dass der Verein keine weiteren Betreuungsplätze anbieten werde.

Für die Mittagsbetreuung brauche es Räume und einen (anderen) Träger.

Der Kommune sei klar, dass der Hort voll belegt sei. Deshalb müsse die Gemeinde auf einer möglichst breiten Datengrundlage Entscheidungen zur Mittagsbetreuung treffen. 15 – 20 Familien seien von der Fragestellung betroffen.

Aus dem Gremium heraus wird der Antrag zur Beauftragung der Verwaltung unterstützt: Die Verwaltung werde moralisch aufgefordert, dem Antrag zu entsprechen und Vorkehrungen zu treffen, dass der Gemeinderat Entscheidungen treffen kann. Es brauche keinen offiziellen Beschluss.

Es müsse schnell gehandelt werden, denn die Familien bräuchten Planungssicherheit.

Rechtslage:

Gemeinderat Holger Seefried ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und dem Beschluss dieses Tagesordnungspunktes auszuschließen.

TOP 10.02	Anfrage aus dem Gemeinderat: Tag der offenen Türe im Rathaus
Lfd. Nr. 019	

Diskussionsverlauf:

Aus dem Gremium heraus wird an den Tag der offenen Türe im Rathaus erinnert.

TOP 10.03	Anfrage aus dem Gemeinderat: Plakatierung gegen Gewalt gegen Frauen
Lfd. Nr. 020	

Sachverhalt:

Auf Anfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass die Plakate noch nicht bestellt wurden.

Sachverhalt:

Aus der den Reihen der Mitglieder des Bund Naturschutz, Ortsgruppe Theilheim wird vorgeschlagen, die notwendigen Arbeiten jetzt durch den Bauhof erledigen zu lassen.

Erster Bürgermeister Herpich teilt mit, dass es beispielsweise für den Bereich Floßwiese klare Festlegungen durch die Untere Naturschutzbehörde gebe, die einzuhalten sind. Im Herbst werden jeweils immer Zugangswege zu den Obstbäumen/Probierbäumen entlang des Jakobsbaches hergestellt.

Es handele sich im Übrigen nicht Gestrüpp (Wildwuchs), sondern um Mikrohabitate, die u.a. auch gefährdeten Tierarten einen Unterschlupf und eine Überwinterungsmöglichkeiten bieten würden. Deshalb verbiete sich das Entfernen dieses Bewuchses.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
GLBin